

Kleine Anfrage 3734

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Vertragsverhalten beim ZOWA

Das Erfüllen von Verträgen und eingegangenen Verpflichtungen ist ein nicht erklärungsbedürftiger Rechtsgrundsatz. Mit diesem Vertrauen haben im Jahre 2016 auch Bürger im Bereich des Verbandsgebietes des ZOWA (Zweckverband Ostuckermärkische Wasserversorgung und Abwasserbehandlung) ihre Anträge auf Abwasseranschlüsse gestellt (so stellvertretend z. B. Frau T. aus 16306 Berkholz-Meyenburg mit Reg.-Nr. Berk 04/16/SW). Nach damals gültiger Beitrags- und Gebührensatzung vom ZOWA betrug der Preis pro anrechenbarer Grundstücksgröße 3,80 €/m². Mit dem Wissen um diesen m²-Preis schlossen dann die Bürger auch ihre Verträge (als Anlage zum Anhörungsschreiben bezeichnet). Die Realisierung zog sich einige Zeit hin, sodass erst im Sommer 2017 die Abwasseranschlüsse an die Nutzer übergeben werden konnten. Anfang 2018 erhielt dann Frau T. wie andere Bürger auch eine neue Anlage zum Anhörungsschreiben, diesmal jedoch mit einem m²-Preis von 7,02 € ohne jegliche Kommentierung des erhöhten Preises. Erst auf ihren Widerspruchsbescheid hin wurde Frau T. erläutert, dass die alte 2016 noch gültige Beitrags- und Gebührensatzung ersatzlos aufgehoben worden war, da diese vom Verwaltungsgericht Potsdam für unwirksam erklärt worden war. Im Amtsblatt wurde die neue Satzung mit u.a. den 7,02 €/m² per 19.12.2017 für wirksam erklärt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es rechtens, dass vom ZOWA die Vertragsinhalte nach Vertragserfüllung noch einseitig geändert werden können?
2. Wenn Frage 1. mit Ja beantwortet wird: In welchen Bereichen gibt es noch solche Sonderregelungen, dass Vertragsbedingungen einseitig ohne Vertragsaufhebung gekündigt werden können?
3. Wenn es noch weitere solcher Sonderfälle gibt, welche Möglichkeiten bieten sich zur Vertragskündigung- oder Anfechtung? Wegen des Anschluss- und Benutzungszwanges besteht ein besonderes Interesse an Planbarkeit.